

# **Christen und Muslime in Niedersachsen**

## **Mitteilungen 4, 2025**

### **1. Niedersachsen**

- Dörverden: Mahbuba Maqsoodi gestaltet Friedensfenster in der Kirche St. Cosmae et Damiani ([mehr](#))
- Osterode: Gemeinde feiert „Zucker-Osterfest“ ([mehr](#))
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert Abschaffung des Religionsunterrichts ([mehr](#));  
Kultusministerium hält am Religionsunterricht fest ([mehr](#))
- Antisemitismusbeauftragter Wegner warnt vor antijüdischen Klischees in Passionsmusik ([mehr](#)).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Trauer um Papst Franziskus

Nach dem Tod von Papst Franziskus haben Menschen in aller Welt ihre Trauer bekundet. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kondolierte dem Dekan des Kardinalskollegiums, Giovanni Battista Re. „Mit Franziskus verliert die Welt ein leuchtendes Zeichen der Hoffnung, einen glaubwürdigen Anwalt der Menschlichkeit und einen überzeugenden Christen“, schrieb Steinmeier. Franziskus’ „Bescheidenheit, seine Spontaneität und sein Humor, vor allem aber sein spürbar tiefer Glaube“ hätten Menschen auf der ganzen Welt berührt und ihnen „Halt, Kraft und Orientierung gegeben“. Mit Papst Franziskus „verlieren die katholische Kirche und die Welt einen Fürsprecher der Schwachen, einen Versöhnern und warmherzigen Menschen“.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, schrieb: „In tiefer Trauer verbeugen wir uns vor einem Papst, dem es ein Anliegen war, unter den Menschen zu sein und an die Ränder der Gesellschaft zu gehen.“ Er sei ein mutiger Erneuerer gewesen. Papst Franziskus habe in der Kirche starke Akzente gesetzt und neue Wege des Miteinanders eröffnet. „Der von ihm angestoßene Weg einer synodalen

Kirche ist und bleibt mit den beiden Generalversammlungen der Weltsynode 2023 und 2024 unumkehrbar.“

Der Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., bezeichnete den Papst als einen „wertvollen Bruder in Christus“ und „einen wahren Freund der Orthodoxie“. In seinen zwölf Jahren als Papst sei Franziskus „ein treuer Freund, Gefährte und Unterstützer des Ökumenischen Patriarchats“ gewesen. Er hinterlässt ein Beispiel echter Demut und brüderlicher Liebe.“ Der Patriarch verwies unter anderem auf das historische Treffen der beiden Kirchenoberhäupter 2014 in Jerusalem, nur ein Jahr nach der Amtsumnahme des Papstes.

Der Großimam der Kairoer Azhar-Universität, Ahmad al-Tayyib, würdigte den Papst als engen Freund der Muslime. „Heute hat die Welt ein Symbol der Humanität verloren.“ Franziskus habe sein Leben dem Dienst für die Menschlichkeit gewidmet, der Verteidigung der Schwachen, Flüchtlinge und Unterdrückten. „Er liebte die Muslime und widmete sich der Verbreitung des Friedens. Seine letzten Erklärungen waren eine Verteidigung Palästinas und des unterdrückten Volkes von Gaza“, so der Großscheich. In seiner letzten Osterbotschaft auf dem Petersplatz hatte der Papst seine Forderung nach einem Ende des Gaza-Kriegs bekräftigt. Al-Tayyib erinnerte

in seiner Mitteilung auch an die gemeinsame Unterzeichnung des „Dokuments über die Geschwisterlichkeit aller Menschen“ beim Papstbesuch im Februar 2019 in Abu Dhabi.

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs, schrieb, Franziskus habe die Welt deutlich und früher als viele andere über die Not der Geflüchteten auf Lampedusa alarmiert. „Mit seiner Umwelt-Enzyklika ‚Laudato si‘ setzte er internationale Maßstäbe und verlieh seiner Mahnung in schöpfungsverantwortlicher Perspektive Wirkungskraft und theologischen Nachdruck“. „Tief beeindruckend war seine menschliche Nahbarkeit und aufrichtige Bescheidenheit. Er ging stets auf alle Menschen zu. Das ließ ihn zum Segen werden.“

„Möge seine entschiedene Haltung gegen Antisemitismus, die er noch am gestrigen Oster-sonntag klar formuliert hat, auch in Zukunft die katholische Kirche und die gesamte Weltgemeinschaft leiten“, wünschte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster ([mehr](#)).

Franziskus habe sich mit Muslimen und Eziden „tief verbunden“ gefühlt, in der „christlichen Ökumene setzte er neue Akzente“, schrieben Rat und Haus der Religionen Hannover. „Über

Religions- und Konfessionsgrenzen hinaus verlieren wir in ihm einen Fürsprecher aller Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, denen Ausgrenzung, Verachtung oder Feindschaft entgegengebracht wurden“ ([mehr](#)).

## **2.2. CDU/CSU-SPD-Koalition legt Koalitionsvertrag 2025–2029 vor**

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Folgende Passagen des Vertrags mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ ([hier](#)) nehmen Bezug auf die Religionen und das interreligiöse Miteinander:

### **Dokumentation Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“**

**Leistungsträger und ihre Familien stehen im Mittelpunkt.** [...] „Der Respekt vor der Religionsfreiheit und unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, die in Deutschland heimisch sind, gehört für uns dazu.“ (S. 3).

**Demokratie- und Medienbildung** „Demokratiebildung, Medien- und Nachrichtenkompetenz stärken wir gemeinsam mit den Ländern. Dazu unterstützen wir bestehende Initiativen und das

Bundesprogramm ‚Kultur macht stark‘. Rassismus, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben keinen Platz an Schulen und Hochschulen. Schulen sollen von Antisemitismusforschung stärker profitieren und Lehrkräfte sollen befähigt werden, Antisemitismus zu erkennen und dagegen vorzugehen.“ (S. 72).

**Demokratische Resilienz** „Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit unseres Staates ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Koalitionsparteien sind sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst. Was die Feinde der Demokratie angeht, gilt der Grundsatz ‚Null Toleranz‘. Es ist die gesamtstaatliche und gesellschaftliche Verantwortung, jedweder Destabilisierung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenzuwirken und dabei auch unsere Sicherheitsbehörden nicht allein zu lassen. [...]“

Wir treten allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen und jedweder Gewalt mit derselben Entschlossenheit und Konsequenz entgegen – ob Rechtsextremismus, Islamismus, auslandsbezogenem Extremismus oder Linksextremismus. [...]

Mit Vereinen und Verbänden, die von ausländischen Regierungen oder mit ihnen verbundenen Organisationen gesteuert werden und die

beziehungsweise deren Mitglieder oder Strukturen von Verfassungsschützämtlern beobachtet werden, wird es keine Zusammenarbeit geben. Wir führen eine Pflicht zur Offenlegung der Finanzierung dieser Vereine und Verbände ein und überwachen diese.

Wir bekämpfen die Ausbreitung rechts-extremistischen Gedankenguts und rechtsextremistischer Strukturen in unserer Gesellschaft systematisch und mit aller Entschlossenheit. Der Polarisierung und Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaft und Werteordnung durch Rechtspopulisten und -extremisten setzen wir eine Politik der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Vielfalt, Toleranz und Humanität entgegen. Wir schaffen ein NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg.

Wir werden den Islamismus bekämpfen und erarbeiten dafür einen Bund-Länder-Aktionsplan. Wir entwickeln die „Task Force Islamismusprävention“ fort zu einem ständigen Gremium im Bundesinnenministerium, das sich umfassend mit diesem Phänomenbereich beschäftigt und den Aktionsplan begleitet. Wir entwickeln mit den Ländern eine Strategie zur konsequenten Verfolgung und Bekämpfung linksextremistisch motivierter Straftaten und Strukturen.

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson. Die Sicherheit jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger muss im digitalen wie im öffentlichen Raum, auch an unseren Schulen und Hochschulen, gewährleistet sein. Wir fördern die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland und stellen sicher, dass keine Organisationen und Projekte finanziell gefördert werden, die Antisemitismus verbreiten oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen. [...]

Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwohl. Wir fördern den interreligiösen Dialog und schützen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.“ (S. 84–86).

**Antisemitische Straftaten und Volksverhetzung** „Im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie regeln wir den Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung. Wir wollen Terrorismus, Antisemitismus, Hass und Hetze noch intensiver bekämpfen und dazu insbesondere den Tatbestand der Volksverhetzung verschärfen. Wir prüfen, inwiefern eine Strafbarkeit für

Amtsträger und Soldaten, die im Zusammenhang mit der Dienstausübung antisemitische und extremistische Hetze in geschlossenen Chatgruppen teilen, eingeführt werden kann.“ (S. 90).

**Ausweisung** „Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland schwer erträgliche Taten und Äußerungen zur Kenntnis nehmen müssen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erheblich belastet oder gar beschädigt haben und deshalb auch zu gesetzlichen Änderungen auch im Ausweisungsrecht geführt haben. Wer den Aufenthalt in Deutschland missbraucht, indem er hier nicht unerheblich straffällig wird oder gewalttätige Stellvertreterkonflikte auf deutschem Boden austrägt, dessen Aufenthalt muss beendet werden. Künftig muss daher gelten: Bei schweren Straftaten führt die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe zu einer Regelausweisung. Dies gilt insbesondere bei Straftaten gegen Leib und Leben, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, bei Volksverhetzung, bei antisemitisch motivierten Straftaten sowie bei Widerstand und einem tätlichen Angriff gegen Vollstreckungsbeamte. Wir prüfen Änderungsbedarf bei Ausweisung auch bei öffentlicher Aufforderung zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ (S. 94)

**Kultur und Medien** „Unser Land ist ein Kulturstaat, reich an Traditionen und Bräuchen, an Kunst, Architektur, Literatur und Musik, an Geschichte und religiöser Vielfalt – in Stadt und Land. Unsere Kultur ist das Fundament unserer Freiheit. [...]

Kunstfreiheit verlangt, dass für Kunst keine inhaltlichen Vorgaben des Staates gelten dürfen. Wir fördern keine Projekte und Vorhaben, die antisemitische, rassistische und andere menschenverachtende Ziele verfolgen. Dies werden wir durch rechtssichere Förderbedingungen, Sensibilisierung und Eigenverantwortung sicherstellen. (S. 119).

**Menschenrechte** [...] „Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist Gradmesser für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Geltung der Menschenrechte. Der Schutz religiöser und weltanschaulicher Minderheiten sowie insbesondere der Schutz der weltweit größten verfolgten Gruppe, der Christen, ist von besonderer Bedeutung. Deshalb wird die Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit fortgesetzt.“ (S. 134–135).

Vertreter der islamischen Religionsgemeinschaften äußerten sich enttäuscht über den Vertrag. Der Entwurf thematisiere das muslimische Leben in Deutschland kaum. Stattdessen „steht der Islam nahezu ausschließlich im Kontext von ‚Islamismus‘ und Prävention“, sagte der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, Ali Mete. Muslimisches Leben bleibe im Koalitionsvertrag „unerwähnt.“

Ähnlich äußerten sich der Vorsitzende des Islamrads, Burhan Kesici, und DITIB-Generalsekretär Eyüp Kalyon. Er sprach von einer „verzerrten Betrachtung“, die der Lebensrealität der Mehrheit der Muslime in Deutschland nicht gerecht werde. Rund 90 Prozent der Muslime sähen sich als Teil dieses Landes und leisteten einen Beitrag zur Gesellschaft. „Dies ignoriert die Koalition. Das ist keine positive Botschaft an die sechs Millionen Muslime in Deutschland und führt dazu, dass sich viele von ihnen in diesem Land nicht vertreten fühlen“ ([mehr](#)).

Positiv äußerte sich der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster: „Die Vorhaben der künftigen Bundesregierung stimmen uns zuversichtlich. Eine erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus sind für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung“ ([mehr](#)).

### 3. Video

#### 3.1. Pessach – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (13)

Gast: Rabbiner Gábor Lengyel, Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

#### 3.2. War Jesus ein Prophet? Oder Gottes Sohn?

Forum am Freitag, ZDF

Gäste: Hamideh Mohagheghi, Wolfgang Reinbold, Hannover

Moderation: Abdul-Ahmad Rashid, ZDF ([mehr](#)).

### 4. Literatur: Neuerscheinungen

- A. Grün/A. M. Karimi, Frei werden zum Wesentlichen. Ein Begleiter für Fastenzeit und Ramadan, Münsterschwarzach 2025
- J. Croitoru, Die Hisbollah. Irans Schattenarmee vor den Toren Israels, München 2025
- D. G. König (Hg.), Der Westen. Islamisch geprägte Perspektiven, Frankfurt a. M. 2025
- I. Lang, Cyber Jihad. Wie Islamisten das Internet nutzen, Wiesbaden 2025
- G. Tamer (Hg.), Islam. 2: Regionen, Lebensformen, Geistesgeschichte, Stuttgart 2025.

# 13

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Haus kirchlicher Dienste, Kirche und Islam, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold,  
[wolfgang.reinbold@evlka.de](mailto:wolfgang.reinbold@evlka.de), 0511 – 1241-972 [www.kirchliche-dienste.de](http://www.kirchliche-dienste.de)

ISSN 2191-6772